

## **„War on Terror“ - neue Kriege: zivilgesellschaftliche Alternativen.**

### **Für ein friedenspolitisches Engagement – ohne Angst vor Normativität.**

Ueli Mäder (ergänzende Notizen zum Referat vom 23.4.2016 an der Kientaler Friedenskonferenz)

*Seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dringen neue Kriege in die Zentren der Gesellschaft vor. Die Zivilbevölkerung ist direkt betroffen. Sie leidet unter terroristischen Anschlägen sowie vor allem unter dem Kampf gegen den Terrorismus. Zudem verknappen sich elementare Energievorräte und Ressourcen.*

Aktuell sind Versuche, den Zugang zum Wasser zu monopolisieren. Zudem verschärfen sich soziale Gegensätze. Sie erhöhen die Konfliktpotenziale. Dies ebenfalls in Europa. Dabei interessiert: erstens wie (zivil-)gesellschaftliches Engagement auf die soziale Kluft reagiert und zweitens wie normativ friedliche Perspektiven sein dürfen bzw. müssen.

Ausgang meiner Überlegungen bildet der „War on Terror“. Er intensiviert sich seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Und stellt eine besondere Gefahr dar. Dazu ein paar arg verkürzte Bemerkungen. Wichtig sind mir nachher mehr übergreifende Zusammenhänge.

#### **Zum „War on Terror“**

US-Präsident Bush reaktivierte nach dem 11.9.2001 den Krieg gegen den Terror. Nach den nationalistischen Grenzkonflikten zählt der Terrorismus zu den neuen Kriegen, die seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die alten Kriege mehr ergänzen, denn ablösen.

Als neue Kriege gelten vor allem die Bürger/innen-Kriege, die Umweltkriege und der Terrorismus. Bush suggeriert, der Terrorismus sei die grösste Gefahr. Die USA machen das Recht auf Selbstverteidigung (UN-Charta Art. 51) geltend. In den dreissig Jahren zuvor zeitigten terroristische Anschläge weltweit etwa tausend Tote pro Jahr. Mit überwiegend mutmasslichen Täter/innen ohne muslimischen Hintergrund. Seither sind beim Kampf gegen den Terror weit über eine Million Menschen umgekommen. Dabei geht es auch darum, die angezählte US-Vorherrschaft zu festigen, Rohstoffe zu sichern und eigene Gewalttaten zu vertuschen. Mit Terrorismus sind ja eigentlich Gewaltaktionen gemeint, die sich gegen politische Ordnungen richten. Und da haben gerade die USA, die sich gerne als Weltpolizist aufspielen und dabei moralisch argumentieren, viel eigene Erfahrung als Täter. Hier fehlt jegliche Selbstkritik. Wichtig sind deshalb auch eine Auseinandersetzung damit, wie einseitig machtgeprägt der Begriff aufgeladen ist, und eine Aufarbeitung der Geschichte des westlichen Imperialismus. Sie prägt aktuelle Konflikte stark mit und reicht von Indochina über Lateinamerika bis in den Nahem Osten.

Anno 1985 sprach bereits der US-Präsident Reagan vom „war on terror“. Er reagierte damals auf Flugzeugattentate. Seither richtet sich der Kampf gegen den Terror zunehmend gegen Länder, die bezichtigt werden, terroristische Anschläge und Gruppierungen zu unterstützen. Die jüngere US- und NATO-Expansion konzentriert sich auf die Intervention in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien. Sie beinhalten viele Formen der Willkür und Demütigung, die neue Terrorgefahren provozieren. Die ausgeübte Kritik richtet sich immer wieder an die Adresse des eigenen Schattens. Und mit den Anschlägen auf Paris verbreitet sich die Abwehrfront gegen den Terrorismus, der offenbar näher rückt und dazu dient, Freiheitsrechte erheblich einzuschränken, autoritäre Repression zu verstärken und erhebliche soziale Ungleichheiten zu legitimieren, die neue Kriege und Terror verursachen. Wir tun gut daran, das Augenmerk mehr darauf zu richten und uns auch mit Ursachen der Flüchtlingsströme auseinander zu setzen.

## Europäische Diskrepanzen

Europa ist, wie jeder Kontinent, vielfältig: wirtschaftlich, politisch, sozial, kulturell. Trotz Euro und Europäischer Union (EU) bestehen erhebliche Diskrepanzen zwischen den einzelnen Staaten, die heute näher und friedlicher beisammen sind denn je. Und das trotz erheblichen sozialen Problemen.

Gross ist zum Beispiel das Gefälle der Kaufkraft innerhalb der EU. Das zeigt das Ranking des Europäischen Statistischen Berichtes (Eurostat 2014). Luxemburg ist reich, Bulgarien arm. Und Italien und Irland halten sich in der Mitte. Der individuelle Verbrauch liegt in Luxemburg etwa 35 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Gleich danach folgen mit ungefähr je 20 Prozent Deutschland und Österreich. In Bulgarien liegt der Wert bei der Hälfte des Durchschnitts. Somit haben die Menschen in Bulgarien deutlich weniger Geld zur Verfügung. Gemeinsam ist vielen Ländern, dass sie Banken retten und mit ihrer Verschuldung helfen, private Vermögen anzuhäufen. Die einseitige Bereicherung rührt auch von den hohen Gewinnen grosser Unternehmen. Sie erhöhen die Preise, halten die Löhne tief und profitieren von günstigen Steuern und von einer Politik, die sich oft schwach gegenüber wirtschaftlich Starken und stark gegenüber so genannt sozial Schwachen verhält.

Wie einseitig der weltweite Reichtum verteilt ist, stellte die Boston Consulting Group in ihrer Studie über den globalen Wohlstand (BCG 2014) fest. Im Jahr 2013 stiegen die Vermögen von privaten Anlegenden (in Bargeld, Aktien, Wertpapieren und Fonds) um 14,6 Prozent auf ein total von 152 Billionen US-Dollar. Im Vorjahr betrug das Wachstum 8.7 Prozent. Als reichste Region erwies sich die nordamerikanische. Sie steigerte ihre privaten Vermögen auf 50,3 Billionen. Das entspricht etwa einem Drittel des Weltvermögens. Auf dem zweiten Platz folgt die Europäische Region mit 40,6 Billionen US-Dollar. Das weltweite Vermögen dürfte schon bald 200 Billionen US-Dollar betragen. Die Konzentrationen steigen derzeit vor allem im asiatischen Raum.

Die Vereinigten Staaten haben, was die Steigerungsquote privater Anlagen anbelangt, Europa überholt. Das weist der Global Wealth Report (BCG 2014) deutlich aus. In Nordamerika stieg der Wert privater Anlagen um 15,6 Prozent auf 5,3 Billionen Dollar. West Europa legte um weniger als fünf Prozent zu, Europa um 5.2 Prozent. Zusammen kommen Nordamerika und West Europa auf knapp 60 Prozent der weltweiten Vermögen. Dieser Betrag ist doppelt so hoch, wie die gesamte wirtschaftliche Leistung (BSP), die innerhalb eines Jahres weltweit erfasst wird. Allein Nordamerika ist so reich, wie Afrika, der Nahe Osten und Lateinamerika zusammen. In Europa stehen Grossbritannien mit 7,9 Billionen Dollar und Deutschland mit 7,4 Billionen Dollar an oberster Stelle. „Sie haben die Krise der Vorjahre nutzen können, um Marktanteile zu gewinnen und die Vermögen zu mehren“, schreibt Arno Balzer (2012, S. 3), der Chefredaktor des Deutschen Manager Magazins.

Der Europäische Statistische Bericht (Eurostat 2015) weist auch die Verschuldung der Länder in Anteilen am Bruttoinlandprodukt (BIP) aus. Im Jahre 2014 kommen Österreich, Grossbritannien und Frankreich auf je über 80 Prozent. In Italien sind es schon 127,9 Prozent, in Griechenland 174,9 Prozent, in Schweden 38,6 Prozent. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich viele Staaten in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich verschuldet. Wie nie zuvor, seit dem Zweiten Weltkrieg. Ohne Darlehen der EU stünden, nebst Griechenland, auch Irland oder Portugal zahlungsunfähig da. Sogar in Deutschland stiegen die Schulden in einem Jahr um 10 Prozent. Wobei Deutschland selbst, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds, ein hartes Schuldenregime durchsetzt, das andere Länder entmündigt, mit Sparauflagen bis zur Rezession antreibt und dafür hohe Zinsen verlangt. Werner Vontobel beschreibt diesen Mechanismus unter dem Titel «Griechen retten Deutsche» (2011, S. 32). Anders funktionierte das Londoner Schuldenabkommen von 1953, das die Schulden von Deutschland einfach halbierte und so das viel gepriesene «Wirtschaftswunder» initiierte. Heute treibt die Schuldenpolitik Millionen von Menschen in die Armut. Nach dem Bericht «Statistics on income and living conditions by degree of urbanisation» (Eurostat 2013) leben fast 120 Millionen Menschen in der EU armutsgefährdet. Dazu zählen alle Personen, deren verfügbares Einkommen unter der nationalen Schwelle der Armutsgefährdung liegt. In Bulgarien sind es besonders viele, in den Niederlanden eher wenig. Und Deutschland befindet sich knapp unter dem EU-Schnitt von 16,5 Prozent.

## Paradigmenwechsel

Seit 1989 driftet die soziale Ungleichheit auch in der reichen Schweiz stark auseinander. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt über 58,9 Prozent der steuerbaren Nettovermögen. Das heisst, ein Prozent besitzt mehr als der grosse Rest bzw. die übrigen 99 Prozent. Soweit ein Befund der Credit Suisse. Sie schockte mit ihrem Global Wealth Report (2010, S. 120) die Öffentlichkeit. Inzwischen hat die zweitgrösste Bank der Schweiz ihre Statistik ein wenig angepasst. Sie zählt nun auch die aufgeschobenen Löhne der Pensionskassen zu den Vermögen, was trügerisch ist. Aber damit verfügen immer noch weniger als drei Prozent der privaten Steuerpflichtigen über mehr Vermögen als die restlichen 97 Prozent. Oligarchische Prozesse unterlaufen meritokratische. In viel Reichtum steckt wenig eigene Leistung. Die hundert reichsten unter 40-jährigen haben drei Viertel ihrer Vermögen geerbt. (Lüscher 2015, S. 71)

Bei zahlreichen einfachen Haushalten sanken hingegen die frei verfügbaren Einkommen seit den 1990er-Jahren. Die Schweiz verharmlost diese Gegensätze. Sie definiert auch vorhandene Armut einfach weg, indem sie beispielsweise zu den «working poor» willkürlich nur Haushalte zählt, die mindestens 90 Prozent erwerbstätig sind. Wer mit einem tieferen Erwerbsgrad von Armut betroffen ist, hat dann umso mehr das Gefühl, alleine und selber schuld zu sein. Das beeinträchtigt das psychische Wohl. Die Armut betrifft direkt die Gesundheit. Sie erhöht das Risiko von Krankheiten. Und die Lebenserwartung sinkt von der obersten zur untersten Einkommensschicht. Arme weisen eine deutlich höhere Sterblichkeit von Säuglingen auf, zudem eine wesentlich höhere Mortalitätsrate durch Unfälle.

Nach dem zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz und in weiten Teilen Europas breite Bevölkerungskreise ihre materielle Situation. Das politisch liberale Verständnis betrachtete, wie die christliche Soziallehre, Kapital und Arbeit als gleichwertig. Das änderte sich mit der global verschärften Konkurrenz. Seit der rigorosen Liberalisierung nach 1989 setzte sich vermehrt ein finanzgetriebener angelsächsischer Markt-Liberalismus durch. Er forciert die Kapitalgewinne. Und die Rationalisierung der Produktion erhöht den Lohndruck. So lautet zumindest eine vordergründige Erklärung. Sie stellt die Zunahme von Erwerbslosigkeit als Sachzwang dar, was irritiert. Denn die Rationalisierung der Produktion erhöht ja die Produktivität. Technologische Errungenschaften ermöglichen mehr Einkommen und Musse. Mit der Verteilung von Arbeit und Erlös hapert es jedoch. Die (Produktivitäts-)Gewinne werden einseitig privatisiert. Während Unternehmen ihren Einfluss konzentrieren und die Renditen aus Arbeit und Kapital absorbieren, verliert zudem das demokratische Korrektiv an Gewicht. Das zeigt sich auch beim Abbau sozialer Leistungen.

Seit dem Jahr 2005 gibt beispielsweise die Schweiz, trotz immens gestiegenem Reichtum, weniger Anteile ihres Brutto-Inlandproduktes für die soziale Sicherheit aus. (BSV 2014) Wobei die Einnahmen der Sozialversicherungen die Ausgaben bei weitem übersteigen. Das bedeutet, dass sich die soziale Sicherheit selbst finanziert und die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt tendenziell rückläufig sind. Populistische Debatten erwecken jedoch den Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen; wobei diese Argumentation heikel ist, denn die soziale Sicherung ist vor allem aus menschlichen Gründen wichtig. Zudem ist ohnehin genügend Geld vorhanden. Was fehlt, ist der politische Wille zur Umverteilung.

Betriebswirtschaftliche Konzepte überlagern heute das volkswirtschaftliche und historische Denken. Leicht revidierte Modernisierungsstrategien tendieren weiterhin dazu, mit Investitionen, die deutlich weniger zunehmen als die Gewinne, Luxusinseln zu schaffen und ein wenig Wohlstand ins Hinterland durchsickern zu lassen. Im «Vorbild USA» scheinen heute schon wieder jene zu reüssieren, die risikofreudig von neu bewerteten Anlagen profitieren. Das schürt die Illusion, Probleme mit ähnlichen Mitteln lösen zu können, die sie eigentlich verursachen. Wer hat, dem wird gegeben, lautet ein verbreitetes Motto. So ist im Jahr 2013 weltweit auch die Zahl der Dollar-Millionäre auf

16,3 Millionen gestiegen. Das sind 2.6 Millionen Haushalte mehr als 2012. Sie machen rund ein Prozent der Haushalte aus. Allein schon die Ultra-High-Net-Worth Haushalte (UHNW), die über mehr als 100 Millionen Dollar verfügen, besitzen 5.5% des weltweiten Reichtums. (BCG Global Wealth 2014) Gegenüber diesen wirtschaftlichen Entwicklungen scheinen zivilgesellschaftliche Konzepte von beschränkter Reichweite zu sein. Sie sind aber wichtig und können sozialstaatliche Anstrengungen entscheidend ergänzen.

### **Zivilgesellschaftliche Konzepte**

Die Zivilgesellschaft (Mäder 2003, S. 366) zeichnet sich durch einen offenen Charakter und klar säkularisierte Grundlagen der Politik aus. Die Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind zentral. Sie manifestieren sich in gesellschaftlichen Protesten und sozialen Bewegungen, die eine Autonomie gegenüber staatlichen Einrichtungen postulieren. Die Zivilgesellschaft hat verschiedene Stränge. Ältere Staatstheorien thematisierten die Frage der Civil Society bereits im 17. Jahrhundert. John Locke leitete damals gesellschaftliche Institutionen und Integrationsformen aus den Bedürfnissen der Individuen ab. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. engagierte sich im ehemaligen Ostblock die Bürgerinnen- und Rechtsbewegung dafür, die Zivilgesellschaft zu stärken. Soziale Bewegungen setzten sich während den siebziger Jahren auch in westlichen Industrieländern vermehrt für den Schutz ziviler Einrichtungen ein. Heute beeinflusst die Frage nach dem Rückzug des Staates die Debatten über die Zivilgesellschaft. Die Reaktivierung des Zivilen soll gesellschaftliche Aufgaben neu verteilen, den sozialen Zusammenhalt festigen und Konflikte mit zivilen Mitteln bewältigen. Die Zivilgesellschaft läuft allerdings Gefahr, einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu kompensieren und unfreiwillig zu legitimieren.

Die Zivilgesellschaft steht in einer langen Tradition der Solidarität. Sie geht zunächst von Einzelnen, Familien, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, politischen und kirchlichen Organisationen aus. Im Vordergrund stehen selbstorganisierte Aktivitäten, die sich idealtypisch weitgehend ausserhalb der Staats- und Marktsphäre bewegen. Die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat gilt als ursprüngliches Kennzeichen der Moderne. Soziologe Anthony Giddens (1997, S. 187) kritisiert diese Trennung. Seiner Auffassung nach ist «die Zivilgesellschaft nie bloss eine Reihe von Einrichtungen ausserhalb des Staates gewesen». Der Staat ist jedenfalls kein Selbstzweck. Er umfasst zahlreiche gesellschaftliche Institutionen und nimmt auch über die Unterstützung ziviler Einrichtungen Funktionen wahr, die unmittelbar von erheblichem öffentlichem Interesse sind. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind ein wichtiges Instrument einer umfassenden demokratischen Bewegung. Sie machen Probleme öffentlich sichtbar, ziehen Mächtige zur Verantwortung und weiten die direkt demokratische Entscheidungsfindung aus.

Die Zivilgesellschaft engagiert sich auch gegen alte und neue Kriege. Sie drängt auf politische statt militärische Lösungen. Und sie wendet sich gegen Armut und soziale Ungleichheiten. Denn Armut erhöht die Gefahr gewalttätiger Konflikte. Sie führt zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Und umgekehrt. Mit wachsendem Wohlstand sinkt die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Zivilgesellschaftliche Strategien müssen berücksichtigen, «wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren» (Ziegler 2009, S. 1). Dabei hilft es, wenn wir uns die existenzphilosophische Frage vergegenwärtigen, was Menschen aus dem machen, was die Gesellschaft aus ihnen macht.

Was eine Zivilgesellschaft konkret leisten kann, diskutieren Thania Paffenholz und Christoph Spurr (2006, S. 16-17). Je intensiver sich eine Zivilgesellschaft zum Beispiel an Friedensverhandlungen beteiligt, lautet eine Erkenntnis, desto stabiler ist ein Friedensabkommen. Dazu ist weitere Forschung ist nötig. Dies auch zur Frage, wie sich der normativ postulierte und wissenschaftlich fundierte «konstruktive Pazifismus» sowie Kenntnisse über Konfliktodynamiken verbreiten lassen. Nach einem gewaltsamen Konflikt können vor allem Schutz, Monitoring, Anwaltschaft und öffentliche Kommunikation hilfreich sein. Die internationale Gemeinschaft soll dabei nicht einfach bekannte Organisationen, sondern gezielt lokale zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützen. Ebenfalls wichtig

sind gründliche Kenntnisse darüber, wie sich Macht konstituiert und perpetuiert. Bei unserer älteren Reichtumsstudie (Mäder et al. 2010) berichteten einflussreiche Personen, die soziale Kluft bereite ihnen grosse Sorgen. Denn zunehmende Konflikte könnten den sozialen Frieden und Zusammenhalt gefährden. Deswegen engagieren sich auch einzelne Reiche über gemeinnützige Stiftungen für mehr sozialen Ausgleich. Das ist durchaus erfreulich. Die soziale Existenzsicherung darf jedoch nicht vom Goodwill einzelner Wohlhabender abhängen. Sie ist sozialstaatlich zu garantieren. Auch zivilgesellschaftliches Engagement kann diese Anstrengungen keineswegs ersetzen, sondern nur ergänzen und weiter qualifizieren.

### **Normativität**

Sozialtheoretische Diskurse zur sozialen Ungleichheit thematisieren die Verteilung von Ansehen, Wohlstand, und Macht. Empirisch begründete Ansätze setzen sich auch Praxis orientiert damit auseinander, wie sich Armut verstehen und bewältigen lässt. Dabei kommen normative Ziele mehr oder weniger deutlich zum Vorschein. Diese geraten jedoch zunehmend in Kritik, subjektiv gefärbt zu sein, da sie von nicht hinterfragbaren Grundannahmen und Werten (Menschenrechte, Menschenwürde, Identität und Integrität) geleitet sind. Das Anliegen, soziale Realitäten möglichst vorurteilslos zu erfassen, ist gewiss berechtigt, aber auch zwiespältig. Zum einen richtet es sich dagegen, soziale Fragen zu instrumentalisieren. Zum andern hält sich die beanspruchte Distanz zum Normativen oft unbemerkt an Herrschaft legitimierende Ideologien. Das dokumentieren aktuelle Diskurse zur sozialen Ungleichheit, die den Graben zwischen Arm und Reich banalisieren. Sie postulieren eine Wertfreiheit, die herrschende Verhältnisse vornehmlich verdeckt. Ich plädiere demgegenüber dafür, Normativität als unabdingbare Voraussetzung sozialwissenschaftlichen Arbeitens zu anerkennen, zu reflektieren und transparent darzulegen.

Soziologe Charles Wright Mills plädierte nach dem Zweiten Weltkrieg eingehend für eine Wissenschaft, die zu politischen Aktionen inspiriert. Sie sollte, der menschlichen Würde verpflichtet, analytische Strenge mit schöpferischer Freiheit verbinden und erforschen, wie sich in persönlichen Erfahrungen gesellschaftliche Veränderungen dokumentieren. Mills regte dazu an, eine «gute Politik» auf der Basis von wissenschaftlichem Wissen zu betreiben. Er forderte Intellektuelle dazu auf, ihre Kenntnis sozialer Probleme und Ungleichheiten öffentlich einzubringen. Wichtig ist seine Analyse der Machteliten. Sie kontrastiert eine heute vorherrschende Sicht, die in den Machträgern vornehmlich Funktionseliten sieht und diesen attestiert, sich primär über Leistung zu definieren.

Ein weiterer Soziologe, Norbert Elias, fragte, wie viel persönliches Engagement die Wissenschaft zulassen darf und wie viel Distanz sie in der Forschung einnehmen muss, um gesellschaftliche Probleme beurteilen zu können. Elias behandelte Politik und Wissenschaft nicht als gegensätzliches Paar. Er sah die Soziologie als Mythenjägerin, die als mündiges Subjekt kritisch auf die soziale Welt blickt. Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, gängige Vorurteile aufzudecken. Wissenschaft muss kulturelle Selbstverständlichkeiten permanent hinterfragen und vertraute Denkgewohnheiten distanziert betrachten, wenn sie sich dem zu untersuchenden Feld behutsam annähert. Mit Distanz meinte Norbert Elias auch eine Befreiung von voreingenommenen Auffassungen. Methodisch differenzierte Zugänge und methodologisch fundierte Überlegungen sind ein wichtiges Korrektiv. Sie regen zu einer Reflexion darüber an, wie wir in die soziale und kulturelle Mitwelt eingebunden sind, die wir erforschen.

### **Engagierte Wissenschaft**

Spannungen zwischen Wissenschaft und (Friedens-)Politik reichen bis zur jüngsten Gegenwart und artikulieren sich heute deutlich. Friedenspolitik vollzieht sich aktuell im Kontext eines akademischen Konformismus, der sich inhaltlich an marktgängigen, finanzgetriebenen Sichtweisen orientiert. Diese überlagern wichtige Annahmen des politischen Liberalismus, der ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und den sozialen Ausgleich postuliert.

«Jeder Wissenschaftler ist auch Staatsbürger: Ab dem Moment, wo er als Staatsbürger aktiv am öffentlichen Leben teilhat, ist er kein Wissenschaftler mehr». So kritisierte Raymond Aron (1960) die Ambiguität des politisch aktiven Wissenschaftlers. Die Rollenkollision könne dazu verleiten, unter dem Deckmantel wissenschaftlichen Diskurses politische Stellungnahmen abzugeben. Aron stellte damit nicht die Legitimität des öffentlichen Engagements der Wissenschaft in Frage. Aber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dürften keine politischen Stellungnahmen auf der Basis wissenschaftlicher Argumentation verteidigen. Über die Frage des gesellschaftlichen Engagements der Wissenschaft besteht also keine Einigkeit. In der Soziologie zeigt sich seit ihrem Anfang eine Spaltung zwischen dem theoretischen Erkenntnisgewinn und einer praktischen Orientierung, die nützliches Wissen generieren will. Pierre Bourdieu (1997) versuchte diese Dichotomie aufzuheben. Die Soziologie und Friedenstheorie soll sich demnach verstehend und erklärend sozialen Realitäten annähern und, an Erkenntnis und Enthüllung interessiert, die Gesellschaft stets kritisch distanziert aus der Perspektive der engagierten Wissenschaft betrachten.

Medien und Politik fordern die Wissenschaft öfters dazu auf, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Die intensiven Kontakte zur Gesellschaft eignen sich allerdings nur beschränkt, das Mandat der Intellektuellen zu stärken. Sie machen zunächst vor allem die Rolle von Fachpersonen sichtbar. Gefragt sind inhaltliche Kompetenzen und Stellungnahmen zu aktuellen Themen. Die öffentliche Rolle der Forschenden löst sich so von der Figur des Intellektuellen, der als engagierter Generalist seit Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung erlangte. Sie verschiebt sich hin zu einer spezifischen Gestalt. Michel Foucault (1977) diskutierte diese Konzeption und meinte damit eine neue Figur, die den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf konkrete Interventionen legt. Mit der medialen Intervention gerät allenfalls mehr die mediale Verwertung von Forschungsergebnissen in den Blick, denn die Frage der Praxisrelevanz von Forschungsmethoden und Schwerpunktsetzungen. Sie entspricht der wachsenden Forderung nach verwertbarem Fachwissen und zwingt die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu, ihre Rolle in der Öffentlichkeit neu zu überdenken. Das gilt auch für die besonderen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die für das Forschen im Feld relevant sind. Wenn der Nachweis ihrer Nützlichkeit so stark interessiert, sind Überlegungen zu forschungsethischen und methodologischen Grundlagen umso wichtiger. Dies auch zur Theorie und Praxis des sozialen Engagements. Implizite Annahmen sind transparent zu machen. Das ist gerade beim friedenspolitischen Erforschen sozialer Ungleichheiten wichtig, die emotional stark berühren und in öffentlichen Diskursen entweder abwehrend banalisiert oder moralisch hochstilisiert werden. Der Anspruch einer kritischen Analyse besteht darin, normative Prägnanzen möglichst transparent zu erhellen.

### **Kritische Gesellschaftstheorie**

Wissenschaftliche Untersuchungen helfen, soziale Probleme zu bewältigen. Dieses Bestreben impliziert – bei empirischen wie bei theoretischen Studien – normative Vorstellungen. Sie bestimmen mit, wie Probleme und Lösungen definiert werden. Je nach Definition weichen die Analysen erheblich voneinander ab. Dahinter verbergen sich unterschiedliche Interessen und Werte. Auch Machtansprüche, die begriffliche und gesellschaftliche Konzepte prägen. Begriffe sind weder Wahrheiten, noch bloße Instrumente, um sich sozialen Realitäten anzunähern. Sie beinhalten vielmehr Festlegungen. Wie wir Begriffe fassen, ist immer auch eine Frage der Definitionsmacht. Das zeigt sich in der Konfliktforschung und bei der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten.

Die Akzeptanz sozialer Unterschiede beruht etwa auf der Hoffnung von Menschen, sie könnten eines Tages selbst zu Reichtum kommen. Reichtum gilt ihnen als erstrebenswert. So ist die Vorstellung verbreitet, dass alle ihr eigenes Glück schmieden und aufsteigen können, wenn sie sich genug Mühe geben. Diese Sicht rechtfertigt soziale Unterschiede und zurt sie fest. Wie jene Kritik, die den Sozialstaat bezichtigt, Menschen bloss abhängig zu machen. Sie fördert ebenfalls die Akzeptanz der Diskrepanz und behindert eine Umverteilung, welche die Lebensbedingungen breiter

Bevölkerungskreise verbessern könnte. Daher ist stets zu fragen, wer soziale Unterschiede wie diskutiert und legitimiert.

Seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts verschieben sich in Debatten zu sozialen Fragen die Akzente von strukturellen Bedingungen zu individuellen Kalkülen und situativen Sichtweisen. Ein Wandel des Diskurses ist vor allem bezüglich gesellschaftlicher Gegensätze feststellbar. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung galt, wird heute eher selten thematisiert. Der Blick verlagerte sich von der vertikalen Ebene, bei der es noch ein oben und unten gab, zur horizontalen. Modelle sozialer Milieus betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen zwar auf wichtige soziale Differenzierungen hin. Sie unterminieren aber die Analyse klassenbedingter Gegensätze, an der sich eine kritische Sozialwissenschaft orientieren sollte. Ein ähnlicher Diskurswandel zeigt sich auch in der Friedens- und Konfliktforschung.

Ältere Ansätze der Konfliktforschung betonten strukturelle Ursachen. Neuere konzentrieren sich mehr darauf, Konfliktodynamiken zu dekonstruieren. (Fischer und Sahm 2005, S. 249) Während die ältere Generation vor allem für eine inhaltliche Ausgestaltung des Friedens eintrat, richtet die jüngere Generation ihre Aufmerksamkeit auf pragmatische Aspekte. Sie entfernt sich von einem Friedensverständnis, das mehr (Verteilungs-)Gerechtigkeit und weniger strukturelle Gewalt postuliert. Zur Begründung dient oft ein radikal konstruktivistischer Ansatz, der den Relativismus stark betont. Wichtige Strömungen der neuen Konfliktforschung wollen politisch möglichst abstinenter sein. Sie fokussieren die personale und situative Konfliktodynamik und vernachlässigen latente Formen der Macht.

Eine kritische Sozial- und Friedenswissenschaft fokussiert gängige Praktiken, die soziale Ungleichheiten vornehmlich mit paternalistischen Konzepten einer Umverteilung angehen. Sie wehrt sich dagegen, sozial Benachteiligte zu blossen Hilfsempfängenden zu degradieren. Denn eine solche Politik bestätigt das bestehende Gefüge. Sie zementiert soziale Ungleichheit und bevormundet Abhängige, statt die zugrunde liegenden Verhältnisse strukturell zu ändern, um ungerechte Folgen zu beheben. In diesem Sinne ist Sozialpolitik auch Friedenspolitik. Und umgekehrt. Beide tragen hoffentlich dazu bei, demokratische Teilhabe und emanzipatorisches Engagement zu stärken. Dies auf der Grundlage fundierter Gesellschaftstheorien. Die normative Orientierung verlangt einen (selbst-)reflexiven Umgang mit (eigenen) Annahmen, Interessen und Projektionen. Der verstehende Zugang qualifiziert die konkrete Praxis und macht diese noch interessanter. Forschen heisst entdecken und handeln. Und dabei zeigt sich: Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind weder Natur gegeben, noch Schicksal.

## Quellen

- Raymond Aron, Journaliste et Professeur. In : Revue de l'Université de Bruxelles , Institut des Hautes Études de Belgique. 1959, S. 2–10.
- Arno Balzer, Die 500 Reichsten Deutschen. Fortschritt durch Reichtum, in: Manager Magazin Okt. 2012, S. 3.
- BCG, Global Wealth 2014. Riding a Wave of Growth. 2014.
- Pierre Bourdieu, Das Elend der Welt. Konstanz. 1997.
- BSV, Schweizerische Sozialversicherungsstatistik BSV. Bern. 2014.
- Credit Suisse, Global Wealth. Databook, Zürich. 2010.
- Eurostat, Government finance statistics. 2015.
- Eurostat, GDP per capita, consumption per capita and price level indices. 2014.
- Eurostat: Statistics on income and living conditions by degree of urbanization. 2013.
- Sabine Fischer, Astrid Sahn, Friedensforschung und Normativität: Positionen der jüngeren Generationen. In: Jahn Egbert Jahn, et al., Die Zukunft des Friedens. Wiesbaden. 2005, S. 49-73.
- Michel Foucault, La fonction politique de l'intellectuel. in: Hebdo-Politique, 29 novembre – 5 décembre. 1977, S. 31–33.
- Anthony Giddens, Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt a.M. 1997.
- Stefan Lüscher, Jung und reich. In: Bilanz, Nr. 10, 13.-28.5.2015, S. 67-71.
- Christoph Spurk, Thania Paffenholz, Frieden schaffen ohne Waffen. Der Beitrag der Zivilgesellschaft, in: UniPress 129, Bern. 2006, S. 16–17.
- Ueli Mäder, Hector Schmassmann, Wie normativ muss die Armutsforschung sein? In: Neue Praxis. 42. Jg. (Sonderheft 11). Lahnstein. 2012, S. 18-29.
- Ueli Mäder, Ganga J. Aratnam, Sarah Schilliger, Wie Reiche denken und lenken. Zürich. 2010.
- Ueli Mäder, Zivilgesellschaft. in: Wörterbuch der Sozialpolitik. Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin, Zürich. 2003, S. 366–367.
- Werner Vontobel, Griechen retten Deutsche. in: Sonntagsblick, Zürich. 27.11.2011, S. 32.
- Charles Wright Mills, The Sociological Imagination. Oxford. 2000, S. 211.
- Jean Ziegler, Der Hass auf den Westen. München. 2009.

## Autor

Ueli Mäder: 1951, Professor für Soziologie an der Universität Basel und der Hochschule für Soziale Arbeit. Er leitet das Nachdiplomstudium Friedens- und Konfliktforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die soziale Ungleichheit. Letzte Publikationen im Zürcher Rotpunktverlag: Wie Reiche denken und lenken (2010), Raum und Macht (2014) sowie Geld und Macht in der Schweiz (2015).